

No. 33765

AUSTRIA
and
UNION OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS

**Agreement on early notification of a nuclear accident and the
exchange of information on nuclear plants. Signed at
Moscow on 12 September 1988**

Authentic texts: German and Russian.

Registered by Austria on 12 May 1997.

AUTRICHE
et
UNION DES RÉPUBLIQUES
SOCIALISTES SOVIÉTIQUES

**Accord sur la notification rapide d'un accident nucléaire et
l'échange d'informations sur les installations nucléaires.
Signé à Moscou le 12 septembre 1988**

Textes authentiques : allemand et russe.

Enregistré par l'Autriche le 12 mai 1997.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REGIERUNG DER UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN ÜBER DIE FRÜHZEITIGE BENACHRICHTIGUNG BEI EINEM NUKLEAREN UNFALL UND DEN INFORMATIONSAUSTAUSCH ÜBER KERNANLAGEN

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,

ausgehend von dem Bestreben, die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu entwickeln und die für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit auszubauen,

unter Berücksichtigung des Wunsches beider Seiten, die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu vertiefen,

überzeugt von der Notwendigkeit der Schaffung eines internationalen Regimes, das die sichere Nutzung der Kernenergie auf der Grundlage des Zusammenwirkens aller Staaten und internationalen Organisationen gewährleistet,

unter Berücksichtigung dessen, daß beide Staaten Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 26. September 1986 über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen (im folgenden „Übereinkommen der IAEO“ genannt) sind,

überzeugt, daß für beide Staaten eine enge Zusammenarbeit wichtig ist, um die grenzüberschreitenden Folgen möglicher Freisetzungen radioaktiver Stoffe zu begrenzen,

sowie in dem Bestreben, daß beide Staaten zu diesem Zwecke so rasch wie möglich die notwendigen Informationen erhalten,

sind wie folgt übereingekommen:

ANWENDUNGSBEREICH

Artikel 1

1. Dieses Abkommen bezieht sich in jenem Teil, der die Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen betrifft, auf die Anlagen und die Tätigkeiten, die in den Artikeln 1 und 3 des Übereinkommens der IAEO angeführt sind.

2. Dieses Abkommen bezieht sich in jenem Teil, der den Informationsaustausch betrifft, auf Anlagen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, wie Kernkraftwerke und Lager für deren frischen und abgebrannten Brennstoff.

BENACHRICHTIGUNG BEI EINEM NUKLEAREN UNFALL

Artikel 2

Bei jedem Unfall auf dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei im Zusammenhang mit Kernanlagen oder Tätigkeiten gemäß Artikel 1 des Übereinkommens der IAEO, in dessen Folge eine Freisetzung radioaktiver Stoffe auf das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei stattfindet oder stattfinden kann, die für sie vom Standpunkt der Strahlensicherheit von Bedeutung sein könnte, benachrichtigt die erstgenannte Vertragspartei die andere Vertragspartei sofort auf direktem Wege darüber und stellt ihr umgehend die vorhandenen Informationen gemäß Artikel 5 des Übereinkommens der IAEO zur Verfügung.

Artikel 3

Die Vertragsparteien sind bereit, einander so bald wie möglich auch über alle anderen nuklearen Unfälle zu benachrichtigen, die zwar in Artikel 2 dieses Abkommens nicht vorgesehen sind, aber nach Einschätzung der Vertragspartei, auf deren Hoheitsgebiet der Unfall sich ereignete, zu einer vom Standpunkt der Strahlensicherheit der anderen Vertragspartei bedeutenden grenzüberschreitenden Freisetzung radioaktiver Stoffe führen können.

Artikel 4

1. Die Bestimmungen der Artikel 2 und 3 dieses Abkommens werden
- in Österreich vom Bundesministerium für Inneres,
 - in der Sowjetunion vom Staatskomitee der UdSSR für die Nutzung der Atomenergie durchgeführt.

Die Vertragsparteien werden einander auf diplomatischem Wege benachrichtigen, falls sich die für die Durchführung der genannten Bestimmungen verantwortlichen Organe ändern.

2. Diese Organe stimmen miteinander die praktischen Maßnahmen zur Erfüllung der in Artikel 2 und 3 des Abkommens vorgesehenen Verpflichtungen ab.

INFORMATIONSAUSTAUSCH

Artikel 5

1. Die Vertragsparteien übergeben einander mindestens einmal jährlich Informationen über die Betriebsverhältnisse der in Artikel 1 Absatz 2 dieses Abkommens angeführten Kernanlagen und übergeben andere technische Informationen zur Nutzung bei der Beurteilung der möglichen Folgen eines Unfalls in diesen Anlagen, die in dem Staat, der die Informationen erhält, auftreten könnten, und zur Nutzung bei der Erarbeitung der zum Schutz der Bevölkerung und der Umwelt notwendigen Maßnahmen.

2. In Österreich betrifft die in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehene Verpflichtung zur Informationsleistung die Kernanlagen auf dem gesamten Hoheitsgebiet des Staates.

In der UdSSR betrifft die in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehene Verpflichtung zur Informationsleistung die Kernanlagen in der Zone mit der Breite von 300 km entlang der westlichen Staatsgrenze der UdSSR beginnend von der Ostsee bis zu dem Schnittpunkt der östlichen Grenze dieser Zone mit dem 29. Grad östlicher Länge und weiter südwärts in der Zone zwischen der westlichen Staatsgrenze der UdSSR und der Linie, die durch den genannten Schnittpunkt auf dem Staatsgebiet der UdSSR entlang dem 29. Grad östlicher Länge verläuft.

3. Die Vertragsparteien werden, falls notwendig, Konsultationen über die Informationen, die gemäß Absatz 1 dieses Artikels übermittelt werden, für den Bereich der Zonen, die in Absatz 2 dieses Artikels angeführt werden, abhalten sowie auch einen Meinungsaustausch über Fragen der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der sicheren Entwicklung des Kernkraftsektors durchführen.

4. Die Vertragsparteien bestimmen die Organe, welche die Bestimmungen dieses Artikels durchführen.

5. Die Informationen, die gemäß diesem Artikel übermittelt werden, sind ausschließlich für die in diesem Artikel genannten Zwecke zu verwenden, sofern die in Absatz 4 dieses Artikels genannten Organe nicht anderes vereinbaren.

Artikel 6

Der Inhalt der gemäß Artikel 5 dieses Abkommens übergebenen Informationen kann Einschränkungen unterliegen, die sich aus der Gesetzgebung der Vertragsparteien ergeben.

ANDERE BESTIMMUNGEN

Artikel 7

Dieses Abkommen berührt nicht die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien, die sich aus früher von ihnen abgeschlossenen zwischenstaatlichen Abkommen ergeben.

Artikel 8

Meinungsverschiedenheiten, die sich aus der Auslegung und Anwendung dieses Abkommens ergeben, werden auf dem Verhandlungswege zwischen den Vertragsparteien beigelegt.

Artikel 9

Auf Ersuchen einer der Vertragsparteien werden bilaterale Verhandlungen über Fragen einer Änderung dieses Abkommens durchgeführt. Jede Änderung erfordert das Einverständnis beider Vertragsparteien.

Artikel 10

Dieses Abkommen oder Änderungen dazu treten 60 Tage nach der gegenseitigen schriftlich auf diplomatischem Weg erfolgten Benachrichtigung der Vertragsparteien darüber in Kraft, daß die in ihrer Gesetzgebung vorgesehenen Bedingungen für das Inkrafttreten des Abkommens oder von Änderungen dazu erfüllt sind.

Artikel 11

Dieses Abkommen gilt unbefristet. Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen kündigen, indem sie die andere Vertragspartei schriftlich auf diplomatischem Weg davon in Kenntnis setzt. Die

Kündigung tritt ein Jahr nachdem die eine Vertragspartei die schriftliche Mitteilung der anderen Vertragspartei erhalten hat, in Kraft, sofern in der Mitteilung kein späteres Datum angegeben wird.

Geschehen zu Moskau, am 12. September 1988, in zwei Urschriften, in deutscher und russischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Regierung
der Republik Österreich:

MOCK

Für die Regierung
der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken:

SCHEWARDNADSE

[RUSSIAN TEXT — TEXTE RUSSE]

СОГЛАШЕНИЕ МЕЖДУ ПРАВИТЕЛЬСТВОМ АВСТРИЙСКОЙ РЕСПУБЛИКИ И ПРАВИТЕЛЬСТВОМ СОЮЗА СОВЕТСКИХ СОЦИАЛИСТИЧЕСКИХ РЕСПУБЛИК ОБ ОПЕРАТИВНОМ ОПОВЕЩЕНИИ О ЯДЕРНОЙ АВАРИИ И ОБ ОБМЕНЕ ИНФОРМАЦИЕЙ О ЯДЕРНЫХ УСТАНОВКАХ

Правительство Австрийской Республики и Правительство Союза Советских Социалистических Республик,

исходя из стремления развивать добрососедские отношения между двумя странами и наращивать взаимовыгодное двустороннее сотрудничество,

принимая во внимание желание обеих сторон углублять сотрудничество в области использования атомной энергии в мирных целях,

будучи убеждены в необходимости создания международного режима, обеспечивающего безопасное использование ядерной энергии на основе взаимодействия всех государств и международных организаций,

принимая во внимание, что обе страны являются участниками Конвенции об оперативном оповещении о ядерной аварии от 26 сентября 1986 года (в дальнейшем именуемой «Конвенция МАГАТЭ»),

убежденные в том, что для обеих стран важно тесно сотрудничать, чтобы ограничивать трансграничные последствия возможных выбросов радиоактивных веществ,

стремясь к тому, чтобы оба государства с этой целью как можно быстрее получали необходимую информацию,

согласились о следующем:

ОБЛАСТЬ ПРИМЕНЕНИЯ

Статья 1

1. Настоящее Соглашение в части, относящейся к оповещению о ядерных авариях, касается установок и деятельности, которые указаны в статьях 1 и 3 Конвенции МАГАТЭ.

2. Настоящее Соглашение в части, относящейся к обмену информацией, касается таких

установок для мирного использования атомной энергии, как атомные электростанции и хранилища их свежего и отработавшего топлива.

ОПОВЕЩЕНИЕ О ЯДЕРНОЙ АВАРИИ

Статья 2

В случае любой аварии на территории одной Договаривающейся Стороны, связанной с ядерными установками или деятельностью, указанными в статье 1 Конвенции МАГАТЭ, вследствие которой происходит или может произойти выброс радиоактивных веществ на территорию другой Договаривающейся Стороны, что могло бы иметь для нее значение с точки зрения радиационной безопасности, первая Договаривающаяся Сторона должна незамедлительно оповестить об этом непосредственно другую Договаривающуюся Сторону и безотлагательно предоставить ей имеющуюся информацию в соответствии со статьей 5 Конвенции МАГАТЭ.

Статья 3

Договаривающиеся Стороны готовы оповещать в возможно короткий срок друг друга также о всех других случаях ядерных аварий, иных, чем указано в статье 2 настоящего Соглашения, которые, по оценке Договаривающейся Стороны, на территории которой произошла авария, могут привести к значительному с точки зрения радиационной безопасности другой Стороны трансграничному выбросу радиоактивных веществ.

Статья 4

1. Положения статей 2 и 3 настоящего Соглашения будут осуществляться:
в Австрии — Федеральное министерство внутренних дел

в Советском

Союзе — Государственный комитет по использованию атомной энергии СССР

Договаривающиеся Стороны известят друг друга по дипломатическим каналам в случае изменений органов, ответственных за выполнение указанных положений.

2. Эти органы согласуют между собой практические меры по выполнению обязательств, предусмотренных статьями 2 и 3 настоящего Соглашения.

ОБМЕН ИНФОРМАЦИЕЙ

Статья 5

1. Договаривающиеся Стороны будут не реже одного раза в год передавать друг другу информацию, характеризующую режимы эксплуатации ядерных установок, указанных в пункте 2 статьи 1 настоящего Соглашения, а также передавать другую техническую информацию, которая может быть использована при оценке возможных последствий в получающей информации стране в случае аварии на этих установках и при разработке необходимых мер по защите населения и окружающей среды.

2. Обязанность предоставления информации, предусмотренная пунктом 1 настоящей статьи, относительно Австрии касается ядерных установок, расположенных на всей территории страны. Обязанность предоставления информации, предусмотренная пунктом 1 настоящей статьи, относительно СССР касается ядерных установок, расположенных в зоне шириной 300 км вдоль западной государственной границы СССР от Балтийского моря до пересечения восточной границы этой зоны с 29° восточной долготы, далее на юг в зоне шириной от западной государственной границы СССР до линии, проходящей по территории СССР от этой точки пересечения по 29° восточной долготы.

3. Договаривающиеся Стороны при необходимости проводят консультации по информации, передаваемой в соответствии с пунктом 1 настоящей статьи, в рамках зон, упомянутых в пункте 2 настоящей статьи, а также обмен мнениями по вопросам международного сотрудничества в области безопасного развития атомной энергетики.

4. Договаривающиеся Стороны назначают органы, которые будут осуществлять положения настоящей статьи.

5. Передаваемая в соответствии с настоящей статьей информация будет использоваться только для указанных в ней целей, если органы, назначенные в соответствии с пунктом 4 настоящей статьи, не договорятся об ином.

Статья 6

Содержание информации, предоставляемой в соответствии со статьей 5 настоящего Соглашения, может подлежать ограничениям, вытекающим из законодательства Договаривающихся Сторон.

ПРОЧИЕ ПОЛОЖЕНИЯ

Статья 7

Настоящее Соглашение не затрагивает прав и обязанностей Договаривающихся Сторон, вытекающих из заключенных ими ранее международных соглашений.

Статья 8

Любые разногласия, возникающие в связи с толкованием и применением настоящего Соглашения, будут разрешаться путем переговоров между Договаривающимися Сторонами.

Статья 9

По просьбе любой Договаривающейся Стороны проводятся двусторонние переговоры по вопросам поправок к настоящему Соглашению. Все поправки требуют согласия обеих Договаривающихся Сторон.

Статья 10

Настоящее Соглашение или поправки к нему вступают в силу через 60 дней после того, как Договаривающиеся Стороны уведомят друг друга в письменном виде по дипломатическим каналам, что выполнены соответствующие их законодательству условия, необходимые для вступления в силу настоящего Соглашения или поправок к нему.

Статья 11

Настоящее Соглашение является бессрочным. Любая Договаривающаяся Сторона

может денонсировать настоящее Соглашение, уведомляя другую Договаривающуюся Сторону в письменном виде по дипломатическим каналам. Денонсация вступает в силу через год после получения одной Договаривающейся Стороной письменного уведомления другой Договаривающейся Стороны, если в

уведомлении не указывается более поздняя дата.

Совершено в Москве 12. сентября 1988 года в двух экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

За Правительство
Австрийской Республики:

Моск

За Правительство
Союза Советских Социалистических Республик:

SCHEWARDNADSE

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE GOVERNMENT OF THE UNION OF SOVIET SOCIALIST REPUBLICS ON EARLY NOTIFICATION OF A NUCLEAR ACCIDENT AND THE EXCHANGE OF INFORMATION ON NUCLEAR PLANTS

The Government of the Republic of Austria and the Government of the Union of Soviet Socialist Republics,

Considering the effort to develop friendly relations between the two countries and to build up mutually advantageous bilateral relations,

Taking into account the desire of both countries to deepen cooperation in the field of the use of atomic energy for peaceful purposes,

Convinced of the need to establish an internal régime to ensure the safe use of nuclear energy on the basis of cooperation between all States and international organizations,

Taking into account the fact that both countries are Parties to the Convention on Early Notification of a Nuclear Accident of 26 September 1986² (hereinafter referred to as “the IAEA Convention”),

Convinced of the importance for both countries of close cooperation in order to limit the transboundary consequences of possible releases of radioactive substances,

Desiring to ensure that to this end the two States receive the necessary information as quickly as possible,

Have agreed as follows:

SCOPE OF APPLICATION

Article 1

1. This Agreement, in the part concerned with the notification of nuclear accidents, refers to the facilities and activities which are specified in articles 1 and 3 of the IAEA Convention.

2. This Agreement, in the part concerned with the exchange of information, refers to facilities for the peaceful use of atomic energy such as atomic power stations and storage facilities for their fresh and spent fuel.

NOTIFICATION OF NUCLEAR ACCIDENTS

Article 2

In the event of any accident in the territory of a Contracting Party involving the nuclear facilities or activities specified in article 1 of the IAEA Convention, as a result of which radioactive substances have been or may be released in the territory of the other Contracting Party which could be of radiological safety significance to

¹ Came into force on 26 March 1990 by notification, in accordance with article 10.

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 1439, p. 275.

that Party, the former Contracting Party shall forthwith notify the other Contracting Party thereof and provide it with the available information without delay in accordance with article 5 of the IAEA Convention.

Article 3

The Contracting Parties are also prepared to notify each other as rapidly as possible of any cases of nuclear accidents other than those specified in article 2 which, in the judgement of the Contracting Party in whose territory the accident occurred, may lead to a transboundary release of radioactive substances which is of radiological safety significance for that other Party.

Article 4

1. The provisions of articles 2 and 3 of this Agreement shall be implemented:
 - In Austria: by the Federal Ministry of the Interior;
 - In the Soviet Union: by the USSR State committee on the use of atomic power.

The Contracting Parties shall notify each other through the diplomatic channel in the event of any change in the authorities responsible for the implementation of these provisions.

2. These authorities shall reach agreement on practical measures to fulfil the obligations envisaged in articles 2 and 3 of this Agreement.

EXCHANGE OF INFORMATION

Article 5

1. The Contracting Parties shall at least once a year exchange information concerning the régimes for the operation of the nuclear facilities specified in article 1, paragraph 2 of this Agreement, as well as other technical information relating to such facilities which may be used when assessing the possible consequences in the country receiving information in the event of an accident at such installations and when formulating the necessary measures for the protection of the population and the environment.

2. In Austria the obligation to transmit information, as provided for in paragraph 1 of this article, refers to nuclear facilities located throughout the territory of the country.

In the USSR the obligation to transmit information, as provided for in paragraph 1 of this article, refers to nuclear facilities located in a zone 300 kilometres wide along the western State boundary of the USSR, from the Baltic Sea to the intersection of the eastern boundary of this zone with the twenty-ninth degree eastern longitude and further southwards in the zone between the western State boundary of the USSR and the line which runs through the territory of the USSR from the aforesaid intersection along the twenty-ninth degree eastern longitude.

3. The Contracting Parties shall, where necessary, hold consultations on the information transmitted in accordance with paragraph 1 of this article in respect of the zones referred to in paragraph 2 of this article and shall exchange views on questions pertaining to international cooperation in the field of the safe development of atomic energy.

4. The Contracting Parties shall designate the bodies which are to implement the provisions of this article.

5. The information transmitted in accordance with this article shall be used solely for the purposes referred to therein, except as otherwise agreed by the bodies designated in accordance with paragraph 4 of this article.

Article 6

The content of the information transmitted in accordance with article 5 of this agreement may be subject to restrictions deriving from the legislation of the Contracting Parties.

OTHER PROVISIONS

Article 7

This Agreement shall not affect the rights and obligations of the Contracting Parties deriving from agreements concluded by them earlier.

Article 8

Any disagreements arising in connection with the interpretation or application of this Agreement shall be settled by means of negotiations between the Contracting Parties.

Article 9

At the request of either Contracting Party, bilateral talks may be held on questions of amendments to this Agreement. All amendments shall require the consent of the Contracting Parties.

Article 10

This Agreement or the amendments thereto shall enter into force 60 days after the Contracting Parties notify each other in writing through the diplomatic channel of the completion of the requirements under their legislation for the entry into force of this Agreement or of the amendments thereto.

Article 11

This Agreement is of indefinite duration. Either Contracting Party may denounce the Agreement by notifying the other Contracting Party in writing through the diplomatic channel. The denunciation shall take effect one year after receipt by one Contracting Party of the written notification from the other Contracting Party unless the notification specifies a later date.

DONE at Moscow, on 12 September 1988, in duplicate in the German and Russian languages, both texts being equally authentic.

For the Government
of the Republic of Austria:

MOCK

For the Government
of the Union of Soviet Socialist Republics:

SHEVARDNADZE

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE L'UNION DES
RÉPUBLIQUES SOCIALISTES SOVIÉTIQUES SUR LA NOTI-
FICATION RAPIDE D'UN ACCIDENT NUCLÉAIRE ET
L'ÉCHANGE D'INFORMATIONS SUR LES INSTALLATIONS
NUCLÉAIRES

Le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de l'Union des Républiques socialistes soviétiques,

Souhaitant développer les relations de bon voisinage entre les deux pays et intensifier la coopération bilatérale sur une base mutuellement avantageuse,

Prenant en considération le souhait des deux parties d'approfondir la coopération dans le domaine de l'utilisation de l'énergie atomique à des fins pacifiques,

Convaincus de la nécessité d'établir un système international permettant d'utiliser en toute sécurité l'énergie nucléaire grâce à la coopération de tous les Etats et des organisations internationales,

Prenant en considération le fait que leurs deux pays sont parties à la Convention sur la notification rapide d'un accident nucléaire signée le 26 septembre 1986² (ci-après dénommée « Convention de l'AIEA »),

Convaincus de l'importance d'une coopération étroite entre leurs deux pays pour éviter les conséquences de la diffusion de substances radioactives à travers la frontière,

Désireux de permettre à leurs deux Etats de recevoir à cette fin les informations nécessaires aussi rapidement que possible,

Sont convenus de ce qui suit :

DOMAINE D'APPLICATION

Article premier

1. En ce qui concerne la notification de l'accident nucléaire, le présent Accord s'applique aux sites et aux activités qui sont visés aux articles 1 et 3 de la Convention de l'AIEA.

2. En ce qui concerne les échanges d'informations, le présent Accord s'applique aux sites destinés à l'utilisation pacifique de l'énergie atomique, notamment aux centrales atomiques et aux dépôts de combustible inutilisé ou en cours de traitement.

¹ Entré en vigueur le 26 mars 1990 par notification, conformément à l'article 10.

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1439, p. 275.

NOTIFICATION EN CAS D'ACCIDENT NUCLÉAIRE

Article 2

Au cas où sur le territoire de l'une des Parties contractantes se produit un accident concernant un site nucléaire ou des activités visés à l'article premier de la Convention de l'AIEA, qui provoque ou peut provoquer sur le territoire de l'autre Partie contractante la diffusion de substances radioactives pouvant avoir une incidence sur la sécurité de cette Partie en matière de radiations, la première Partie contractante est tenue d'en informer immédiatement l'autre Partie et de lui communiquer sans délai les informations dont elle dispose, conformément à l'article 5 de la Convention de l'AIEA.

Article 3

Les Parties contractantes s'engagent à s'informer mutuellement dans les plus brefs délais de tous les autres cas d'accidents nucléaires non visés à l'article 2 qui, d'après la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'accident s'est produit, peut entraîner la diffusion de substances radioactives à travers la frontière mettant en jeu la sécurité de l'autre Partie en matière de radiations.

Article 4

1. La mise en œuvre des dispositions des articles 2 et 3 du présent Accord est assurée :

- En Autriche, par le Ministère fédéral de l'intérieur;
- En URSS, par le Comité d'Etat pour l'utilisation de l'énergie atomique de l'URSS.

Les Parties contractantes s'informent par la voie diplomatique de toute modification apportée aux autorités chargées de l'exécution des dispositions susmentionnées.

2. Ces autorités conviennent entre elles des modalités pratiques d'exécution des obligations mentionnées aux articles 2 et 3 du présent Accord.

ECHANGES D'INFORMATIONS

Article 5

1. Les Parties contractantes échangeront au moins une fois par an des informations sur le mode d'exploitation des sites nucléaires visés au paragraphe 2 de l'article premier du présent Accord et tous autres renseignements techniques permettant au pays destinataire de l'information d'évaluer les conséquences qui découleraient pour lui d'un accident survenu dans l'un de ces sites de manière à ce qu'il puisse mettre en œuvre les mesures nécessaires pour protéger sa population et son environnement.

2. En Autriche, les échanges d'informations mentionnés au paragraphe 1 du présent article concernent les sites nucléaires situés sur l'ensemble du territoire du pays. En Union soviétique, ces échanges concernent les sites nucléaires situés dans la zone de 300 kilomètres de large s'étendant le long de la frontière d'Etat occidentale de l'URSS à partir de la mer Baltique jusqu'à l'intersection de la frontière orientale de cette zone avec le Méridien 29° Est, puis vers le sud dans la zone s'étendant entre la frontière d'Etat occidentale de l'URSS et la ligne partant du point

d'intersection susmentionné et traversant le territoire de l'URSS en suivant le Méridien 29° Est.

3. Les Parties contractantes procèdent si nécessaire à des consultations au sujet des informations échangées conformément au paragraphe 1 du présent article, dans le cadre des zones mentionnées au paragraphe 2, ainsi qu'à des échanges de vues sur les questions de coopération internationale concernant le développement sans danger du secteur de l'énergie atomique.

4. Les Parties contractantes désignent les autorités qui seront chargées de l'exécution des dispositions du présent article.

5. Les informations échangées au titre du présent article seront utilisées uniquement aux fins mentionnées dans cet article à moins que les autorités désignées conformément au paragraphe 4 n'en conviennent autrement.

Article 6

Le contenu des informations échangées au titre de l'article 5 du présent Accord peut faire l'objet des restrictions découlant de la législation des Parties contractantes.

DISPOSITIONS DIVERSES

Article 7

Aucune disposition du présent Accord ne met en cause les droits et les obligations incombant aux Parties contractantes en vertu d'accords conclus précédemment.

Article 8

Toute divergence en matière d'interprétation ou d'exécution du présent Accord sera réglée par la voie de négociations entre les Parties contractantes.

Article 9

Sur demande de l'une ou l'autre des Parties contractantes il est procédé à des négociations bilatérales au sujet de toute modification concernant le présent Accord. Toute modification exige le consentement des deux Parties contractantes.

Article 10

Le présent Accord ou les modifications apportées à l'Accord entreront en vigueur 60 jours après que chacune des Parties contractantes aura notifié à l'autre par écrit, par la voie diplomatique, que les formalités internes exigées à cet effet par leur législation respective ont été accomplies.

Article 11

Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Chacune des Parties contractantes peut dénoncer l'Accord par notification écrite, par la voie diplomatique, à l'autre Partie contractante. A moins que la notification n'indique une date postérieure, la dénonciation prend effet un an après la réception de ladite notification.

FAIT à Moscou, le 12 septembre 1988, en double exemplaire en langues allemande et russe, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République d'Autriche :

MOCK

Pour le Gouvernement
de l'Union des Républiques socialistes soviétiques :

CHEVARDNADZÉ
